

«Kein Museum aus Kanton machen»

Liestal | Landrat nimmt «Waldenburgerli»-Petition zur Kenntnis



Wird die Spurbreite der Waldenburgerbahn erweitert, könnte der historische Dampfzug nicht mehr verkehren.

Bild Archiv vs

Der Landrat stellt eine effiziente Pendlerbahn über den Dampfbetrieb der Waldenburgerbahn. Dennoch will er die Petition zur Rettung der Dampfbahn, die mit 4400 Unterschriften eingereicht wurde, in den kommenden Entscheid zur Spurbreite einfließen lassen.

Michael Wieland

Der Todesstoss für den Dampfbetrieb der Waldenburgerbahn war die gestrige Landratssitzung noch nicht. In den Voten der Parteien wurde jedoch mit vereinzelt Ausnahmen klar, dass die Rettung der

Dampfbahn bei den kommenden Beratungen zum Betrieb der Waldenburgerbahn nicht im Vordergrund stehen wird.

Die Weiterführung der Dampfbahn hängt stark mit der künftigen Spurbreite der Waldenburgerbahn zusammen. Sollte diese künftig von 75 Zentimeter auf einen Meter erhöht werden, könnten die Wagen des Dampfzuges nicht mehr auf der Strecke verkehren, so die Initianten der Petition.

Einzig die SVP-Fraktion betonte im Parlament, dass sie die Waldenburgerbahn in «jeder Hinsicht» unterstützen würde. Elisabeth Augstburger, die im Namen der Grünen/EVP-Fraktion sprach, sagte, dass

die Dampfbahn des «Waldenburgerli» ein wichtiges Kulturgut ist. Sie merkte jedoch ebenso an, dass ein künftiger Bahnbetrieb auf der Einmeterspur wohl günstiger kommen dürfte.

Bericht noch vor Herbstferien

Noch vor den Herbstferien will die Regierung einen Bericht verabschieden, der Aufschluss über die Kostenfolge der verschiedenen Sanierungsvarianten geben soll, sagte die zuständige Regierungsrätin Sabine Pegoraro im Rat. Die Baudirektorin betonte, wie schon im Bericht der Petitionskommission festgehalten wurde, dass der Kanton nicht Eigentümer der Dampf-

bahn sei, sondern die Waldenburgerbahn AG.

Hanni Huggel erklärte, dass die SP-Fraktion gespannt die Vorlage der Regierung erwarte und froh sei, dass es bei der Waldenburgerbahn nun vorwärtsgehe. Die Vorlage müsse die Grundlage für den Entscheid zur Spurbreite bieten: «Je nachdem muss der Dampfbetrieb aufgegeben werden.»

Noch prägnanter formulierte es in der gestrigen Debatte die FDP-Fraktion: «Wir müssen kein Museum aus dem ganzen Baselbiet machen», sagte Landrat Jürg Vogt kurz und knapp. Einstimmig nahm der Landrat die Petition schliesslich zur Kenntnis.

Jugendliche Asylsuchende Betrieb wieder ändern

Liestal | Kanton überprüft Unterbringung

mw. Der Landrat hat gestern zwei dringliche Vorstösse an die Regierung überwiesen, die eine bessere Betreuung und Unterbringung von Asylsuchenden fordern, insbesondere von unbegleiteten minderjährigen Personen (Uma).

SP-Landrat Andreas Bammatter erklärte in seinem Vorstoss, dass die Unterbringung im Baselbiet noch nicht praxistauglich sei. Es fehle trotz Völker- und Bundesrecht an angemessenen Massnahmen und Gesetzen. Bammatter regt im Vorstoss etwa Wohngruppen oder Pflegefamilien an. Es sei notwendig, dass es im Kanton Strukturen gebe, damit Jugendliche mit einer schwierigen Biografie in ihrer Pubertät eine vollumfängliche Betreuung und eine Erziehung geniessen könnten.

In der vergangenen Woche gab es mehrere Medienberichte, wonach jugendliche Asylbewerber nicht die nötige Unterstützung erhalten würden. 795 solche Kinder oder Jugendliche seien 2014 in die Schweiz eingereist.

Marie-Therese Beeler, Landrätin der Grünen, verlangt in ihrem Vorstoss, dass generell Asylsuchende während des Anerkennungsver-

fahrens privat untergebracht werden könnten und das besonders verletzte Personen eine sozialpädagogische Begleitung erhalten sollen.

Starke Zunahme

Der für das Asylwesen zuständige Regierungsrat Anton Lauber erklärte im Rat, dass die Anzahl der Umass, die ins Baselbiet kommen, seit Anfang Jahr stark zugenommen habe. Sie liege deutlich über der Zahl der letzten Jahre. Die Kompetenz sei jedoch klar geregelt: Der Kanton verteile die Jugendlichen auf die Gemeinden, die zusammen mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) für die Betreuung zuständig sind. Hier wolle der Regierungsrat nun den Kommunikationsfluss überprüfen.

Der Kanton habe zudem die Kompetenz, erste Aufenthaltsheime für Asylsuchende zu führen, sagte Lauber weiter. Dies solle nun geprüft werden. Regierungsrat Lauber betonte jedoch, dass er kein Interesse daran habe, die Verantwortlichkeiten in der Asylpolitik «auf den Kopf zu stellen». Genauer hinzuschauen schade jedoch nicht.

Liestal | Neuer Anlauf zu Parlamentsreform

sda. Der Baselbieter Landrat will seine eigene Organisation bereits wieder ändern: Er hat gestern eine parlamentarische Initiative der SVP an seine Justiz- und Sicherheitskommission überwiesen, die in der Geschäftsleitung des Rats den grossen Parteien mehr Gewicht geben soll.

Der Landrat hatte 2014 eine Parlamentsreform verabschiedet, nachdem er sich zuvor jahrelang schwer damit getan hatte. Auch das Volk stimmte der Reform danach deutlich zu. Wichtigste Neuerung war eine Neuformierung der Parlamentsspitze.

Neu geschaffen wurde eine Geschäftsleitung des Rats aus einem Präsidium, zwei Vizepräsidien und den Fraktionspräsidien. Diese trat anstelle der früheren Ratsspitze aus einem Präsidium und Vizepräsidien. Gerade an dieser zentralen Neuerung wollte die SVP nun wieder eine Änderung anbringen.

Die SVP forderte, dass das Stimmgewicht den Fraktionsspitzen in der Geschäftsleitung nach Proportionalität zugeteilt wird: Jene der grösseren Parteien sollten mehr Stimmen erhalten als jene der kleineren. Damit würde nicht zuletzt vermie-

den, dass die Geschäftsleitung Entscheide treffe, die danach im Plenum umstritten wären, sagten die Befürworter.

Zweiter Anlauf

Die SVP hatte die Forderung schon in der Debatte über die Parlamentsreform erhoben, war damals aber unterlegen. Im vergangenen Mai reichte sie jedoch die parlamentarische Initiative ein. Das warfen ihr die Gegner nun vor: Sie habe den Vorstoss eingereicht im Wissen um die stärkere bürgerliche Mehrheit im neu gewählten Landrat.

Zudem sahen die Gegner im Vorstoss eine Missachtung des Volkswillens, nachdem das Volk eben erst die Parlamentsreform abgesegnet habe. Der Entscheid fiel jedoch klar aus: Der Landrat überwies die SVP-Initiative mit 51 zu 29 Stimmen bei 6 Enthaltungen an seine Justiz- und Sicherheitskommission (JSK).

Für die Initiative sprachen sich neben der SVP auch die FDP und grossmehrheitlich die CVP-BDP-Fraktion aus. Die Fraktion von Grünen und EVP war derweil gespalten. Dagegen sprachen sich SP und GLP aus.

VOLKSOHR

Gleich 26 neue Politiker sind gestern in den Landrat eingezogen. Zu viele neue Gesichter für SVP-Politikerin **Sandra Sollberger**. Um sicherzugehen, dass sie auch jeden gleich erkennt, hatte sie fein säuberlich die Zeitungsseite mit dem neu zusammengesetzten Landrat ausgeschnitten und in die Debatte mitgenommen. Fleissig verglich sie Porträtbilder und Personen. Für alle Landräte begann die erste wirkliche Sitzung zudem mit einer süssen Überraschung: Landratspräsident **Franz Meyer** brachte Mohrenköpfe in den Parteifarben mit: Grün für SVP und Grüne, Rot für die SP oder Orange für die CVP. Auch die parteilose **Regina Werthmüller** bekam einen farbigen Mohrenkopf: Meyer entschied sich für Violett – bekanntlich eine Mischfarbe.

Gerichtspräsident Brunner tritt zurück

Baselbiet | Der Baselbieter Kantonsgerichtspräsident Andreas Brunner tritt per Ende Jahr zurück. Dies teilte er gestern in einem Schreiben zuhanden des Landrats mit. Nach sieben Jahren im Präsidium plane er einen gestaffelten Rückzug aus dem Berufsleben. Der Zeitpunkt sei für ihn richtig, da aufgrund der schwierigen finanziellen Situation des Kantons weitere Herausforderungen auf die Gerichte zukommen würden. Brunner will sich gemäss Schreiben nun auf seine Arbeit in der Abteilung Sozialversicherungsrecht konzentrieren. Brunner wurde 2008 vom Landrat in das Amt des Gerichtspräsidenten gewählt. mw.

Schacht verstopft: Strasse wird aufgerissen

Läufelfingen | Der Schacht unter der Eptingerstrasse zwischen Hauptstrasse und Bahnunterführung ist «massiv verstopft», wie der Läuferfinger Gemeinderat mitteilte. Darum muss der Belag an der betroffenen Stelle aufgerissen werden. Spätestens Anfang nächster Woche sollen die Arbeiten beginnen, heisst es bei der Gemeindeverwaltung. Vermutlich müsse ein Stück der Entwässerungsleitung ersetzt werden, die Durchfahrt werde für rund vier Tage erschwert sein. Sowohl der Grund der Verstopfung als auch die Höhe der Kosten sind noch nicht bekannt. vs.

VBLG fordert geringere Erhöhung als VGD

Baselbiet | Der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) ist bei der Festlegung der auf 2016 erneut deutlich steigenden Pflegenormkosten in Alters- und Pflegeheimen nicht mit dem Vorgehen der Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) einverstanden, wie der Verband gestern mitteilt. Obwohl umfangreiches Zahlenmaterial vorlag, würde die VGD neue, eigene Berechnungen anstellen, aufgrund deren sie nun die Erhöhung der Pflegenormkosten um über 10 Prozent festlege. Dies, ohne dass die Gemeinden als Trägerinnen der Aufgabe bei der sogenannten Plausibilisierung einbezogen worden und ohne dass die neuen Berechnungen den Gemeinden im Detail bekannt seien. vs.

Betrunkene verursacht Auffahrkollision

Oberwil | Eine 30-jährige Autofahrerin hat am Mittwoch in Oberwil eine Auffahrkollision verursacht, in die drei Fahrzeuge verwickelt waren. Weil die Lenkerin stark betrunken war, nahm ihr die Polizei den Fahrausweis an Ort und Stelle ab. Ereignet hatte sich der Unfall kurz nach 17 Uhr auf der Thewilerstrasse, wie die Baselbieter Polizei gestern mitteilte. sda.